

Ein doppeltes Nein bedeutet ein Ja für die Moosackerstrasse

Uster Es ist ein überraschendes, aber eindeutiges Ergebnis: Uster will die Moosackerstrasse – aber nicht den Gegenvorschlag des Stadtrats. Offen bleibt damit die Verkehrsberuhigung der kantonalen Strassen.

Marie Fredericq

Sowohl die Kulturland-Initiative der Grünen gegen den Bau der Moosackerstrasse als auch der Gegenvorschlag des Stadtrats scheitern in Uster an der Urne. Dabei fällt das Ergebnis knapp aus. 51,1 Prozent der Stimmberechtigten sprachen sich gegen die Initiative aus. Deutlicher, mit 54,2 Prozent, scheiterte auch der Gegenvorschlag, der den Bau der Moosackerstrasse ermöglicht hätte, gleichzeitig wären aber mehrere Strassen im Stadtzentrum von Kantonsstrassen zu Gemeindestrassen abklassiert worden. «Das Ergebnis ist aktuell noch schwer, abschliessend zu analysieren», sagt Stadtrat Stefan Feldmann (SP), Vorsteher der Abteilung Bau.

Einmal knapp, einmal klar

Mit einer Stimmbeteiligung von 41,8 Prozent und 9123 gültig abgegebenen Stimmen scheitert die Volksinitiative «Kulturland-Initiative gegen die Moosackerstrasse» äusserst knapp und mit einem Unterschied von lediglich 205 Stimmen. Viel eindeutiger sticht dagegen der Gegenvorschlag des Stadtrats heraus: Mit einer Stimmbeteiligung von 41 Prozent und 8788 gültigen Stimmen scheitert dieser ebenfalls, jedoch mit einem Unterschied von über 700 Stimmen.

Die Diskussion um die Moosackerstrasse ist eine unendliche Geschichte. Es ist ein Plan der Zukunft: Die Moosackerstrasse wird kommen. Trotz der Ablehnung des Gegenvorschlags ist aber die Verkehrsberuhigung



Hier soll sie dereinst verlaufen: die Moosackerstrasse als neue Hauptverkehrsachse in Uster. Archivfoto: PD

Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag

Volksinitiative: Die Initianten der Volksinitiative «Kulturland-Initiative gegen die Moosackerstrasse» sehen im Bau ebendieser das Kulturland und das Naherholungsgebiet als bedroht, durch welches die Strasse führen würde. Mit der im Juni 2012 angenommenen Kulturland-Initiative habe die Zürcher Stimmbevölkerung gefordert, ökologische und landwirtschaftlich wertvolle Flächen zu

erhalten. Zudem sehen die Initianten in der Moosackerstrasse nur eine kurzfristige Verkehrsentslastung – langfristig würden mehr Strassen zu mehr Verkehr führen. Mit der Volksinitiative wollten die Initianten die Streichung der Moosackerstrasse aus dem kantonalen Richtplan beantragen.

Gegenvorschlag: Mit dem Gegenvorschlag des Stadtrats

wollte dieser der Volksinitiative entgegenwirken: Die Moosackerstrasse sollte weiterhin Teil des kantonalen Richtplans sein, jedoch würde man den Bau dieser direkt an die Abklassierung der dadurch entlasteten Zürichstrasse, Sternenplatz (Nüsslikreisel), Zentralstrasse, Talackerstrasse und Riedikerstrasse knüpfen: Damit würden diese ins kommunale Strassennetz übergehen und

im selben Zuge verkehrsberuhigt werden. Den grössten Benefit sah der Stadtrat neben der Verkehrsberuhigung des Zentrums in dessen Entwicklungsmöglichkeit – so unter anderem in der Sperrung der Zentralstrasse und im Wechsel in ein Einbahnregime, welches ermöglichen sollte, den historischen Kern der Stadt Uster wieder als Aufenthaltsort zu nutzen. (mar)

und vor allem die Lärmminde- rung auf den kantonalen Strassen im Zentrum, wie beispiels-

weise der Zentralstrasse, nach wie vor ein Thema – auch ohne Abklassierung.

Zuletzt wurde dies durch die Interpellation der Grünen ins Gespräch gebracht, welche vor der

Abstimmung offene Fragen zum Gegenvorschlag hätte klären wollen – so beispielsweise zur

«Auch Tempo 30 ist durchaus ein Thema.»

Stefan Feldmann
Stadtrat (SP)

Lärmschutzverordnung und etwaigen Kosten zur Verkehrsberuhigung. Die Interpellation wurde an der Parlamentssitzung vom Montag, 13. November, nicht an den Stadtrat übergeben – und damit nicht weiterverfolgt.

Weiteres Vorgehen unklar

Dennoch tut sich etwas: «Wir sind mit dem Kanton im Gespräch», sagt Feldmann. Es werde angeschaut, welche Massnahmen möglich seien, um den Lärm auf den kantonalen Strassen im Zentrum zu minimieren. «Auch Tempo 30 ist durchaus ein Thema.»

Tempo 30 wird laut Feldmann auch auf anderen Ustermer Kantonsstrassen kommen. Daher kann er sich gut vorstellen, dass dies auch eine passende Lösung für die Zentralstrasse sei – jedoch dauere alles seine Zeit. Das weitere Vorgehen in Sachen Moosackerstrasse stehe aktuell noch in den Sternen.

Ustermer wollen Parkplätze nicht gesetzlich schützen

Uster Die SVP-Initiative «In Uster konsumieren – lokal parkieren» wurde mit 51,5 Prozent knapp abgelehnt. Der zuständige Stadtrat verspricht künftig eine Politik mit Augenmass.

Am 21. Juni 2022 wurde sie eingereicht – die SVP-Initiative «In Uster konsumieren – lokal parkieren». Die Initianten forderten in ihrem Begehren die Umformulierung der Ustermer Bau- und Planungsreglemente, sodass öffentliche Parkplätze in Zukunft nur mit entsprechendem Ersatz in der Nähe und innerhalb von sechs Monaten hätten gestrichen werden können. SVP-Gemeinderat Markus Ehrensperger sah in der Initiative ein Bedürfnis der Bevölkerung und des Gewerbes.

Doch die Mehrheit der Stimmbevölkerung sieht dies anders: Die Initiative wurde mit 51,5 Prozent knapp abgelehnt. Mit einem Unterschied von nur 288 Stimmen entschied sich die Uster-

mer Stimmbevölkerung gegen den Schutz der Parkplätze. Die Stimmbeteiligung lag bei 43,3 Prozent, insgesamt wurden 9590 gültige Stimmen abgegeben.

Besorgtes Initiativkomitee

Markus Ehrensperger hatte vor der Abstimmung erklärt, er sehe in der Initiative einen nötigen Bedürfnisschutz, denn die Stadt baue seit Jahren systematisch Parkplätze ab. Auswärtige Besucher, Anwohnende mit schlechter ÖV-Verbindung, der Handwerker mit dem Lieferwagen, betagte Personen: All jene seien auf eine gewisse Anzahl an Parkplätzen angewiesen, und diese müssen vor weiterem Abbau geschützt werden.

«Unsere Initiative fordert nicht, mehr Parkplätze zu bauen. Aber die bestehende Anzahl soll am gleichen Ort erhalten bleiben», erklärte Ehrensperger vor der Abstimmung. Das knappe Abstimmungsergebnis zeigt: Viele Ustermer sorgen sich ebenfalls um die Parkplätze.

Nach der Abstimmung meldete sich das Initiativkomitee, dem der Ustermer Gewerbeverband, das Ustermer Wirtschaftsforum, der Hauseigentümerverband sowie die bürgerlichen Parteien SVP, FDP und EDU angehören, in einer schriftlichen Stellungnahme zu Wort. Es nehme die Ablehnung besorgt zur Kenntnis. Das Komitee fordert den Stadtrat auf, auch seine Haltung in die künf-

tige Stadtentwicklung einzubeziehen und das Versprechen, dass es immer genügend Parkplätze haben wird, zu halten.

Nur wenig ausgelastet

Der Stadtrat sowie der Grossteil des Gemeinderats lehnten das Initiativbegehren vor der Abstimmung ab. Dementsprechend hatte der Stadtrat auch der Stimmbevölkerung empfohlen, die Initiative nicht anzunehmen.

Begründet wurde dies mit den durchaus genügend öffentlichen Parkplätzen, die keinen Schutz bräuchten – denn selbst zu Hauptzeiten seien diese laut Erhebung nur zwischen 50 und 70 Prozent ausgelastet. Das Angebot sei also gross genug, im Rahmen

der städtischen Projekte zur Aufwertung des Zentrums würden maximal 50 weitere Parkplätze abgebaut. Ausserdem würde die Initiative und die darin geforderte gesetzliche Anpassung den Handlungsspielraum, gerade in Bezug auf zukünftige Veränderungen, zu stark einschränken.

Politik mit viel Augenmass

«Wir haben keinen Masterplan zur Abschaffung von Parkplätzen», sagt Stadtrat Stefan Feldmann (SP), Vorsteher der Abteilung Bau. Er erkenne im knappen Resultat durchaus, dass das Anliegen ernst zu nehmen sei – dennoch könne es nicht sein, dass eine Aufwertung oder Verbesserung am Erhalt einzelner

Parkplätze scheitere. «Wenn es andere Interessen gibt, reichen Parkplätze allein nicht aus, um dagegenzuhalten.»

Auch in den Quartieren sieht Feldmann kein wirkliches Problem. Laut Baugesetz seien Parkplätze prinzipiell auf den Grundstücken angeordnet – öffentliche Parkplätze stammen aus einer anderen Zeit. Bei Strassenaufwertungsprojekten schaue man jeweils im Einzelfall – aber auch dort sei es keineswegs der Plan der Stadt, systematisch alle Parkplätze verschwinden zu lassen. «Der Stadtrat verfolgt dabei eine Politik mit viel Augenmass», sagt Feldmann.

Marie Fredericq

Uster sagt Nein zu neuer Abgabe

Uster Mit 54 Prozent hat das Ustermer Stimmvolk die Verordnung für die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Energie Uster AG abgelehnt. Das bei einer Stimmbeteiligung von 41,6 Prozent. Die Vorlage hatte im Vor-

feld der Abstimmung für wenig Schlagzeilen gesorgt. Allerdings war sie im Parlament umstritten gewesen. Die SVP hatte das Referendum ergriffen, weshalb es überhaupt erst zur Volksabstimmung kam.

Die Verordnung regelt, dass weitere Mittel zur Förderung verschiedener Massnahmen zur Bewältigung der Energiewende bereitgestellt werden. Neu wird Stromkunden der Energie Uster AG eine Abgabe von maximal

1 Rappen pro Kilowattstunde Stromverbrauch berechnet. Die Abgabe fliesst in den von der Energie Uster AG geschaffenen Ökofonds. Dieser fördert erneuerbare Energie und nachhaltige Projekte. Zudem regelt die Ver-

ordnung die Finanzierung der öffentlichen Beleuchtung in Uster. So wird die Finanzierung der öffentlichen Beleuchtung pro am Netz installierten Zähler bemessen und beträgt im Jahr maximal 25 Franken – für 2023 ist der Bei-

trag, der den Kunden von der Energie Uster in Rechnung gestellt wird, bereits auf Fr. 20.25 festgesetzt. Dabei ist es egal, ob es sich um ein Grossunternehmen, ein KMU oder einen Einpersonenhaushalt handelt. (erh)